

Dr. Annette Bußmann
Wodanstr. 81
51107 Köln
Tel. 0221-68002472
mail@annettebusmann.de

Herrn
Bundesinnenminister
Horst Seehofer
Alt Moabit 140
10557 Berlin

Köln, 08. Februar 2020

O f f e n e r B r i e f:
Bitte um ein bundesweites Programm zur Aufnahme unbegleiteter, geflüchteter Minderjähriger aus Griechenland

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister Seehofer,

kein ganzes Jahr ist vergangen, seit bundesweit mit großer Anteilnahme an die sog. Kindertransporte der Jahre 1938/39 nach Großbritannien erinnert wurde: Anlässlich der Novemberpogrome 1938 in NS-Deutschland erklärte sich damals die britische Regierung bereit, verfolgte, jüdisch-stämmige Minderjährige aufzunehmen. Offiziell rettete sie bis September 1939 auf diesem Wege rund 10.000 Kinder und Jugendliche vor dem drohenden Tod. Jene sog. Kindertransporte gelten heute als eine der wichtigsten humanitären Initiativen zur Rettung unbegleiteter Minderjähriger vor dem NS-Regime.

Wie Sie wissen, warten heute in Griechenland erneut unbegleitete, geflüchtete Kinder und Jugendliche auf unsere humanitäre Unterstützung. Inzwischen haben sich Bundesländer wie Niedersachsen und Thüringen, zudem Berlin, Hamburg und Bremen sowie zahlreiche weitere Städte und Kommunen bereit erklärt, im Rahmen eines Bundesprogrammes einen Teil der insgesamt mehr als 4.000 minderjährigen Geflüchteten ohne Angehörige aufzunehmen, da jene unbegleiteten Heranwachsenden bei der Verarbeitung ihrer fluchtbedingten Traumata zumeist völlig auf sich allein gestellt sind und obendrein – unter den derzeit in Griechenland gegebenen desolaten Rahmenbedingungen – zusätzlichen psychischen und physischen Verletzungen ausgesetzt sind. Anders, als vor 80 Jahren in Großbritannien, wo mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges eine Kehrtwende eintrat und die geretteten deutschstämmigen Minderjährigen, nunmehr als „Enemy Aliens“ eingestuft, teils in Lager verbracht und damit zusätzlicher Traumatisierung preisgegeben wurden, besitzen wir heute in der Bundesrepublik alle Voraussetzungen, einen humanitär akzeptableren Weg einzuschlagen: Nach unserer Kenntnis steht uns eine ausreichende Anzahl von Einrichtungen zur Verfügung, mit denen wir die sofortige, altersgerechte Unterbringung unbegleiteter Minderjähriger gewährleisten könnten.

Als Vertreterinnen der AG *Frauen im Exil* in der *Gesellschaft für Exilforschung* erforschen wir seit 1991 die weitreichenden Folgen gewaltinduzierter Emigration seit 1933 auf interdisziplinärer Ebene. Da die von Ihnen erstrebte europäische Einigung unverändert nicht in Sicht ist, bitten wir Sie daher – auch aus unserer historischen Verantwortung heraus – ausdrücklich, den aufnahmebereiten Bundesländern, Kommunen und Städten nicht länger im Wege zu stehen. Bitte unterstützen Sie deren Initiativen im Sinne einer einmaligen humanitären Aktion, indem Sie ein bundesweit gültiges Programm zur Aufnahme unbegleiteter geflüchteter Minderjähriger aus Griechenland initiieren.

Aus unserer Sicht haben wir keine Zeit zu verlieren: Bereits im Februar 2019 haben u.a. E.K.K.A. (National Center for Solidarity), UNICEF und EU gemeinsame Zahlen veröffentlicht, wonach ein Großteil der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten in Griechenland unter äußerst prekären, keinesfalls Minderjährigen-gerechten Verhältnissen in Erwachsenen-Lagern untergebracht, inhaftiert oder gar obdachlos ist (vgl. <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/68044.pdf>). Die Situation verschärft sich täglich: Wie u.a. der *Bundesfachverband unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge* e.V. (BumF), *Ärzte ohne Grenzen* oder *Pro Asyl* unermüdlich betonen, mangelt es v.a. in den völlig überfüllten, sog. Hotspots der griechischen Inseln, etwa in Moria auf Samos, nicht bloß an elementaren Dingen wie Trinkwasser, Nahrung, ausreichendem Schutz vor Kälte und Hitze sowie altersadäquaten Bildungs- und medizinisch-psychologischen Einrichtungen, sondern stehen auch physische, psychische und sexualisierte Gewalt zunehmend an der Tagesordnung. Berichte von verstummten, sich selbstverletzenden und suizidalen Kindern und Jugendlichen mehren sich.

Angesichts dieser untragbaren Verhältnisse appellieren wir an Sie, in einer politisch vermeintlich festgefahrenen Situation ein menschliches, von humanitären Grundwerten getragenes Gesicht zu zeigen – auch aus der besonderen historischen Verantwortung der Bundesrepublik.

Mit freundlichen Grüßen

AG *Frauen im Exil* in der Gesellschaft für Exilforschung e.V.